
"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Frankreich

Das MfS registrierte nach dem Abschluss der Konferenz von Helsinki angebliche "Ausnutzungen der KSZE-Beschlüsse durch feindliche und imperialistische Staaten". Dass es hierbei meist lediglich zugesicherte Vereinbarungen eingeklagt wurden, deutete die Staatssicherheit in ihrem Sinne um.

Im August 1975 unterzeichnete die DDR die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auf dem Papier verpflichtete sie sich damit zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Land. Nach der Unterschrift unter das Vertragswerk beauftragte jedoch die SED ihre Geheimpolizei, unerwünschte Nebenwirkungen, wie das Beharren der Menschen auf Ausreise oder zunehmende Westkontakte, zu bekämpfen – den Bürgern der DDR also weiterhin ihre Menschenrechte vorzuenthalten.

Nach dem Abschluss der Konferenz von Helsinki, waren die europäischen Staaten bemüht die mit der DDR getroffenen Vereinbarungen durchzusetzen. Die Versuche etwa in Bildungs- und Begegnungstätten einen freien Meinungsaustausch zwischen den Bürgern diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs zu ermöglichen, betrachtete das MfS als "politisch-ideologische Diversion und gegnerische Kontaktpolitik".

Auch dass die westlichen Staaten nach dem Abschluss der Konferenz von Helsinki die Menschenrechtslage in der DDR besonders streng beobachteten und Verstöße in sogenannten Humanitätslisten registrierten, wurde vom MfS dokumentiert und als Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten gewertet.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 11288, Bl. 115-121

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 1975 - 1975
und Informationsgruppe

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Frankreich

BSTU
0115

Angaben über die von führenden imperialistischen Kreisen beabsichtigte Ausnutzung der Schlußakte der KSZE für feindliche Aktivitäten gegen die sozialistische Staatengemeinschaft, besonders gegen die DDR

Die imperialistischen Führungszentren der NATO/EG-Staaten und die Feindzentralen konkretisieren gegenwärtig ihre feindlichen Pläne, Absichten und Maßnahmen unter Ausnutzung der Schlußakte der KSZE und entwickeln bereits entsprechende Aktivitäten.

Der Gegner konzentriert sich im Vorgehen gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft vorrangig auf die Ausnutzung bzw. den Mißbrauch der im Abschnitt "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" der Schlußakte der KSZE enthaltenen Empfehlungen.

Dabei werden folgende Zielstellungen sichtbar:

- Intensivierung der politisch-ideologischen Diversion und der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontaktstätigkeit.
- Aktivierung feindlich-negativer Kräfte und Errichtung neuer Stützpunkte in den sozialistischen Ländern.

Führende politische Kreise der BRD und Westberlins orientieren in internen Einschätzungen verstärkt auf die "offensive Ausnutzung" der im Abschnitt "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" der Schlußakte enthaltenen Empfehlungen im Vorgehen gegen die DDR und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft.

Die Bundesregierung ist bestrebt, vor allem diesen Komplex der Schlußakte mit Hilfe der EG durchzusetzen.

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und FrankreichBSTU
0116

- 2 -

Nach Auffassung der Regierung der BRD, insbesondere Genschers, soll eine Liste sogenannter Liberalisierungsmaßnahmen aufgestellt werden, über die mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten verhandelt werden müßte.

Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Schütz, forderte auf einer Sitzung des Westberliner SPD-Landesvorstandes Anfang September ein offensives Vorgehen gegenüber der DDR, insbesondere in Fragen der Erweiterung der "zwischenmenschlichen Beziehungen", da eine auf diesem Gebiet von der BRD konsequent betriebene Politik "wie keine andere die politische Basis der DDR schwäche".

Die Westberliner SPD-Führung plant, in einer gegen die DDR gerichteten Aktion ehemalige SPD-Mitglieder, die in der Hauptstadt Berlin wohnhaft sind, aufzufordern, Anträge, Anfragen und Forderungen an staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen der DDR bis hin zum ZK der SED und zur Regierung der DDR zur Durchsetzung einiger Punkte aus dem Abschnitt "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" der Schlußakte zu stellen. Dabei gehe es vor allem um Probleme des Vertriebs westlicher Presseerzeugnisse in der DDR, der Herabsetzung des Reisealters für DDR-Bürger und der weiteren "Liberalisierung" der Familienzusammenführung.

Außerdem wird in Kreisen des Westberliner Senats auf die wachsende Bedeutung persönlicher Kontakte von Bürgern der BRD und Westberlins in die DDR im Interesse der Erläuterung der "Wiedervereinigungspolitik" der BRD hingewiesen. Dabei wird besonders die Übertragung der bestehenden Kontakte der älteren Generation auf die jüngere und ihre mögliche Erweiterung für notwendig erachtet.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Senats soll stärker zur Förderung und Unterstützung der Kontakttätigkeit genutzt werden. So ist u. a. geplant, die "Bildungs- und Begegnungsstätten" in Westberlin zu erweitern, neue derartige Einrichtungen zu schaffen

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Frankreich

- 3 -

BSTU
0117

sowie ihre Tätigkeit inhaltlich zu verbessern. Die Seminartätigkeit in diesen Einrichtungen soll unter Teilnahme von Vertretern aus sozialistischen Ländern stattfinden.

Weiterhin wurden aus Kreisen der SPD Pläne bekannt, daß die Sendungen der BRD-Rundfunkanstalten besonders genutzt werden sollen, durch gezielte Einflußnahme auf bestimmte Kreise von Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern der DDR dieselben zu veranlassen, Druck auf die DDR-Regierung bezüglich der Erweiterung des Reiseverkehrs in die BRD und der Freigabe des Erwerbs von BRD-Presseerzeugnissen auf Abonnementbasis in der DDR auszuüben.

Reisen von DDR-Rentnern in die BRD sollen verstärkt dazu genutzt werden, westliche Propagandamaterialien in die DDR einzuschleusen.

Korrespondentenberichte über die DDR sollen künftig noch differenzierter, auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugeschnitten, gestaltet werden.

Dieses Vorgehen widerspiegelt sich bereits in Sendungen westdeutscher und Westberliner Rundfunk- und Fernsehanstalten zur KSZE.

Systematisch und zielgerichtet wird in für DDR-Bürger bestimmten Sendungen verbreitet, daß

- die Altersgrenze für Westreisen gesenkt und der Kreis der davon ausgeschlossenen Geheimnisträger eingeeengt würden,
- der Jugendaustausch sich künftig "ohne staatliche Lenkung" vollziehen könne,
- der Austausch von Informationen auf den Gebieten Handel und Wirtschaft sowie Wissenschaft und Technik erleichtert werde,

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und FrankreichBSTU
0118

- 4 -

- die DDR-Bevölkerung bald Westzeitungen im Abonnement beziehen könne,
- der internationale Einzel- und Gruppentourismus der DDR auch auf westliche Staaten ausgedehnt und gefördert werde,
- Familienzusammenführungen und Eheschließungen von DDR-Bürgern mit in der BRD lebenden Personen erleichtert würden.

Die DDR-Bevölkerung wird außerdem offen aufgefordert, "mit der Schlußakte in der Hand" auf die Verwirklichung der darin enthaltenen Vereinbarungen zu drängen.

Die CDU-Führung beschloß in Auswertung der KSZE, bis Frühjahr 1976 eine Dokumentation unter Leitung des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Werner Marx, vorzubereiten, die alle angeblichen Verstöße der DDR gegen die Schlußakte der KSZE erfassen soll.

Die Dokumentation soll besonders solche Probleme enthalten:

- "Verstöße" gegen die Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit,
- "politische Prozesse" gegen DDR-Bürger,
- Vorfälle an der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. Westberlin sowie im grenzüberschreitenden Verkehr,
- "Verfolgung" von Bürgern der BRD und Westberlins durch die staatlichen Organe der DDR (Festnahmen wegen staatsfeindlichen Menschenhandels, "Schikanen" im Reiseverkehr u.ä.).

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und FrankreichBSTU
0119

- 5 -

Außerdem soll die BRD-Regierung unter Druck gesetzt werden, von der DDR den "Abbau der Grenzsicherungsanlagen" und die Aufhebung des "Schießbefehls" an der Staatsgrenze zu fordern.

CDU-orientierte Konzernvertreter und Wissenschaftler der BRD orientieren besonders auf die Herstellung bzw. den Ausbau von persönlichen Kontakten zu Wissenschaftlern und Wirtschaftskadern sowie auf die Aufnahme von Direktbeziehungen zu Industriebetrieben in der DDR und anderen sozialistischen Staaten unter Umgehung zentraler staatlicher Organe. Dabei sollen besonders Verbindungen zu solchen Personenkreisen geschaffen werden, die leitende Funktionen ausüben und die die wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern mitbestimmen bzw. beeinflussen können.

Führende Kreise der USA und anderer imperialistischer Staaten sowie deren diplomatische Vertretungen in der DDR entwickeln in jüngster Zeit unter Berufung auf die Schlußakte der KSZE entsprechende Aktivitäten, besonders zum ideologischen Eindringen.

So unterbreitete z. B. das amerikanische Außenministerium am 20. 8. 1975 der DDR-Botschaft in Washington detaillierte Vorschläge zur Errichtung von Kultur- und Informationszentren des Informationsbüros der Vereinigten Staaten, USIA, in der Hauptstadt Berlin sowie in Leipzig und Rostock. Nach Vorstellungen der USA sollen diese Zentren folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Errichtung von Leihbüchereien,
- Organisation von Ausstellungen zu unterschiedlichsten Themen unter besonderer Berücksichtigung "bestimmter Interessen der DDR-Bevölkerung",

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und FrankreichBSTU
0120

- 6 -

- Errichtung einer Handelsbibliothek, verbunden mit der Auslage von Nachschlagwerken und Tagespublikationen über die US-Wirtschaft im Interesse der speziellen Information von Geschäftsleuten und Handelsexperten der DDR über Kauf- und Verkaufsmöglichkeiten in den USA.

An die DDR wird in diesem Zusammenhang die Forderung gerichtet,

- den Mitarbeitern dieser Einrichtungen entsprechende Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen und ihnen das Recht einzuräumen, auch außerhalb offizieller Veranstaltungen persönliche Kontakte zu DDR-Regierungsstellen, Geschäftsleuten, Wissenschaftlern, Künstlern sowie zu anderen interessierenden Personenkreisen zu unterhalten;
- den DDR-Bürgern einen maximalen Zugang zu diesen Institutionen zu ermöglichen.

Außerdem hat das amerikanische Außenministerium unter Einbeziehung der in der DDR akkreditierten US-Botschaft die DDR "aufgefordert", die Störung der Sendungen der amerikanischen Rundfunkanstalt RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor - Westberlin) einzustellen, da dies den Festlegungen in Helsinki "widerspreche" und die zwischenstaatlichen Beziehungen "beeinträchtige".

Nach internen Äußerungen des II. Sekretärs der USA-Botschaft in der DDR werde - entsprechend einer Weisung des State Department - die vorrangige Aufgabe der Botschaft in der Klärung humanitärer Fragen (Familienzusammenführung, Übersiedlung und Reisen von DDR-Bürgern in die Vereinigten Staaten) bestehen.

"Feindliche Ausnutzung" der KSZE-Beschlüsse durch die Bundesrepublik Deutschland, die USA und FrankreichBSTU
0121

- 7 -

Auch die französische Botschaft in der DDR plant, nach Angaben des Leiters der Konsularabteilung, im Oktober 1975 die Übergabe einer "Humanitätsliste" an das MfAA. Die Botschaft werde mit Nachdruck auf die Lösung der darin enthaltenen "Fälle" drängen.

Die österreichische Regierung habe in Auswertung der KSZE beschlossen, bei beabsichtigten Besuchen führender Politiker aus sozialistischen Staaten stets eine "Humanitätsliste" zu "präsentieren", deren Erledigung "gleichsam als Gastgeschenk" verlangt werde.

Intern wurde weiter bekannt, daß die "Sozialistische Internationale" im September 1975 eine Vereinbarung getroffen hat, die Erfüllung der KSZE-Beschlüsse durch die sozialistischen Länder "arbeitsteilig zu überprüfen".

Danach sollen sich die SP Frankreichs (Mitterand) und die Labour Party (Wilson) auf "Korb I", die SP Österreichs (Kreisky) auf "Korb II" und die SPD (Brandt) auf "Korb III" konzentrieren.